

Themenblätter

Hat Westerwelle nicht recht?

Ist der Sozialstaat nicht „staatlich bezahlte Faulheit“?

Einige Anmerkungen der Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“ zur aktuellen Debatte um den Sozialstaat und Hartz IV

Herausgeber: pax christi-Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“

März 2010



Einleitung

Liebe Freundinnen und Freunde von pax christi,

der deutsche Sozialstaat steht schon seit längerer Zeit unter Beschuss. Er ist angeblich nicht mehr bezahlbar und schwächt die Eigenverantwortung der Betroffenen. Guido Westerwelle will bei den Hartz IV-Empfängern „spätromische Dekadenz“ ausgemacht haben und die „wirklich Bedürftigen“ von den „Findigen“ trennen. Wer den täglichen Überlebenskampf vieler Arbeitsloser und ihre verzweifelte Suche nach einem wie auch immer bezahlten und ausgestalteten Arbeitsplatz miterlebt, wird diesen Versuchen, die Einzelnen für strukturelle Krisen verantwortlich zu machen und die Bevölkerung zu spalten, energisch widersprechen. Privater Reichtum und öffentliche Armut steigen in Deutschland gleichermaßen. Die Angriffe gegen die „Überflüssigen“, die sich weltweit beobachten lassen, fordern auch pax christi als katholische Friedensbewegung heraus, erneut für die Würde aller Menschen auch in Deutschland einzutreten. Angesichts der in der Debatte vorgebrachten Argumente ist es hilfreich, die Fakten und Argumente der Kritiker des Sozialstaats kritisch zu prüfen. Dazu will dieses Themenblatt einen Beitrag leisten.

Nach wie vor aktuell ist zu diesem Thema auch das pax christi-Impulse-Heft „Ökonomische Mythen der Gegenwart“.

Stefan Leibold, Sprecher der Kommission „Globalisierung und soziale Gerechtigkeit“

Die Ausgaben für den Sozialstaat sind zu hoch: wir geben jeden dritten Euro für den Sozialstaat aus!

Ja, 2009 betrug das sogenannte „Sozialbudget“ voraussichtlich 31,9% des Bruttoinlandsprodukts. Um diese Zahl, ein knappes Drittel, schwankt das Sozialbudget in Deutschland schon lange. Mehr als 60 % davon (2008 61,4%) machen die Sozialversicherungssysteme aus, zu denen die Beschäftigten (steigende) Beiträge zahlen. Dieses Sozialbudget versickert auch nicht einfach, sondern schafft Kaufkraft, von der die Unternehmen profitieren.

Der Anteil der Arbeitgeber am Sozialbudget sank von 1991 bis 2008 allerdings von 26,3% auf 23,3%, der Anteil der Arbeitnehmer blieb konstant, während sich die staatlichen Zuschüsse erhöht haben. 2008 hatten die Leistungen der „Funktion Arbeitslosigkeit“, also alle Leistungen für Arbeitslose, einen Umfang von 40,7 Mrd. Euro; das waren 1,6 % des gesamten Bruttoinlandsprodukts. 2008 betrug die Lohnersatzleistungen aber nur noch drei Viertel der Ausgaben von 2004. Es wird damit gerechnet, dass die Ausgaben 2009 und 2010 „rezessionsbedingt“ wieder ansteigen. Die Ausgaben für Hartz IV sanken von 2005 (dem Einführungsjahr) bis 2008 von 25,3 Mrd. Euro auf 21,6 Mrd. 2009 stiegen sie auf 23,5 Mrd.¹

Es ist also überhaupt nicht so, dass der Staat von den Kosten für die „faulen

¹ Vgl. Sozialbericht 2009, Quelle: bes. ab S. 253.
http://www.bmas.de/portal/33916/property=pdf/a101-09__sozialbericht__2009.pdf



Arbeitslosen“ erdrückt wird. Im Gegenteil sind die Leistungen für Arbeitslose viel zu gering, um ein Leben in Würde zu gewährleisten, wie die Wohlfahrtsverbände seit Jahren immer wieder betonen. Und Sozialleistungen kurbeln nebenbei noch die Wirtschaft an.

Arbeit lohnt sich doch nicht: Ein Hartz IV-Empfänger bekommt ja mehr Geld als jemand, der arbeitet!

Wer arbeitet, kann im Einzelfall weniger verdienen als ein Hartz-IV-Empfänger; weniger haben kann er nicht, wenn er seine Ansprüche wahrnimmt. Hartz IV ist eine staatliche Untergrenze. Wer weniger verdient, kann seinen Lohn mit Hartz IV aufstocken. Das machen derzeit ca. 1,3 Millionen Menschen. Zwar sind die meisten Teilzeit- oder Minijobber, 260.000 der Aufstocker arbeiten aber Vollzeit. Die Anzahl der „working poor“, der Menschen, die trotz Arbeit arm sind, nimmt zu.

Der WAZ-Journalist Stefan Schulte hat ein Beispiel von Guido Westerwelle untersucht:

„Wer kellnert, verheiratet ist und zwei Kinder hat, bekommt im Schnitt 109 Euro weniger im Monat, als wenn er oder sie Hartz IV bezöge.“

Zwar stimmt der Vergleich zwischen Lohn und den rund 1.600 Euro, die eine vierköpfige Hartz-IV-Familie erhält. Doch bei einer Kellnerin mit 1.400 Euro brutto kommt am Ende mehr heraus, wenn sie Hilfen beantragt. Netto bleiben ihr rund 1.100 Euro. Weil das zwar für sie selbst, aber nicht für ihre Kinder reicht, kann sie bei der Familienkasse Kinderzuschläge und beim Sozialamt Wohngeld beantragen. Die Berechnung beider Hilfen ist sehr individuell. Die Familienkasse Bochum hat diesen fiktiven Fall mit der Annahme von 600 Euro Miete berechnet: Die Kellnerin hätte Anspruch auf 280 Euro Kinderzuschlag und 340 Euro Wohngeld. Sie käme damit auf 1.720 Euro. Außerdem dürfte sie 368 Euro Kindergeld behalten, das auf Hartz IV angerechnet wird. Arbeiten lohnt sich für sie doch.“²

Dass einige Arbeitslose mehr Geld erhalten als einige, die arbeiten, liegt nicht daran, dass es den Arbeitslosen zu gut geht, sondern dass heute viele Beschäftigte für unwürdige Löhne von wenigen Euro pro Stunde arbeiten müssen. Sinnvoll wäre es also, die Löhne zu erhöhen und einen Mindestlohn einzuführen, um das Lohndumping zu verhindern. Hieran zeigt die Regierung aber keinerlei Interesse.

Der Missbrauch von Hartz IV nimmt zu!

Die Zahl der Straf- und Bußgeldverfahren gegen Hartz-IV-Empfänger ist im vergangenen Jahr nach Informationen der *Süddeutschen Zeitung* um 1,8 Prozent auf knapp 165.000 Fälle gestiegen. Zumeist gehe es um falsche Angaben von Langzeitarbeitslosen gegenüber den Jobcentern und Arbeits-gemeinschaften (Argen) mit dem Ziel, höhere Leistungen zu erhalten, als ihnen eigentlich zustünden. 2009 hatten nach der SZ 6,5 Millionen Menschen Anrecht auf Grundsicherung; die Zahl

² Stefan Schulte, Westerwelles Hartz IV-Thesen im Faktencheck. Quelle: <http://www.derwesten.de/nachrichten/wirtschaft-und-finanzen/Westerwelles-Hartz-IV-Thesen-im-Faktencheck-id2605766.html>



derjenigen, die Leistungen fälschlich in Anspruch nehmen. Die Missbrauchsquote lag laut Angaben der Bundesagentur damit insgesamt bei 1,9 % – nicht gerade ein Indiz für massenhaften Missbrauch.³

Nach einer Studie aus dem Jahr 2006 erhielten nur 7,4 Millionen von 10 Millionen Berechtigten überhaupt Leistungen nach Hartz IV; viele Berechtigte wollten sich den Prozeduren der Arbeitsämter nicht aussetzen.⁴ Die Caritas schätzte 2004, dass ca. 120 Millionen Euro an allen Sozialleistungen fälschlich in Anspruch genommen würden. Gleichzeitig würden aber 2,2 Milliarden Euro an zu Recht zustehender Leistungen von den Betroffenen aus Unkenntnis und Scham nicht in Anspruch genommen.⁵ Wenn man dies mit der geschätzten Steuerhinterziehung von ca. 65 Mrd. Euro in Bezug setzt, wird schnell ersichtlich, dass „Sozialmissbrauch“ eine volkswirtschaftlich zu vernachlässigende Größe darstellt.

Aber wer Arbeit sucht, findet auch welche!

Die Bundesagentur für Arbeit gab im September 2009 an, es seien 3,35 Millionen Menschen als arbeitslos erfasst. Dazu seien 1,5 Millionen in arbeitsmarktpolitischen Maßnahmen untergebracht, 413.000 Arbeitslose bezögen keine Leistungen.⁶ Dazu kommen noch 1,5 Millionen Menschen in Kurzarbeit und eine sog. „stille Reserve“ von geschätzten 2 Millionen (Menschen, die sich wegen fehlender Erfolgsaussichten nicht beim Arbeitsamt melden, in Umfragen aber angeben, sie würden gern arbeiten: meistens Frauen, die Kinder erziehen oder die lange wegen Kindererziehung ausgesetzt haben). Diesen Zahlen stehen 870.000 offene Stellen gegenüber.⁷ Dass jeder, der arbeiten will, auch eine Stelle finden könnte, entpuppt sich angesichts der Realität als Mythos.

Was sind denn die Ziele von Hartz IV und Co.?

Die Integration der Arbeitslosen in den ersten Arbeitsmarkt ist das erklärte Ziel heutiger Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik. Dafür werden Niedriglohnsektoren, prekäre Arbeitsverhältnisse verschiedener Art und erhebliche Zumutbarkeitsregelungen bewusst gefördert bzw. billigend in Kauf genommen. Wer als nicht arbeitsfähig bewertet wird, erhält konsequenterweise weniger Geld. Das Ganze nennt sich „aktivierender Sozialstaat“. Die „Eigeninitiative“ oder „Eigenverantwortung“ der Betroffenen soll gestärkt werden. Praktisch bedeutet das einen zunehmenden Druck auf die (zukünftig) Arbeitslosen, unter Androhung von Sanktionen *jede* Arbeit, sei sie noch so schlecht bezahlt, prekär oder vom Tätigkeitsfeld weit entfernt von der ursprünglichen Berufsausbildung, anzunehmen.

³ Vgl. z. B. Den Bericht in der taz. Quelle:

<http://www.taz.de/1/politik/deutschland/artikel/1/hartz-iv-missbrauch-nimmt-zu/>

⁴ Irene Becker, Richard Hauser: Auswirkungen der Hartz-IV-Reform auf die personelle Einkommensverteilung, Studie im Auftrag der Hans-Böckler-Stiftung, Frankfurt/Main 2006.

⁵ Vgl. Tagesspiegel vom 6.7.2004.

⁶ Bundesagentur für Arbeit, Der Arbeits- und Ausbildungsmarkt in Deutschland, September 2009.

⁷ Vgl. Managermagazin vom 18.5.2009.



Das Problem liegt aber darin, dass Arbeitslosigkeit nicht am fehlenden Bemühen des Einzelnen liegt (s.o.), sondern strukturell begründet ist: Es gibt weltweit zu wenig Arbeitsplätze, durch die Steigerung der Produktivität und die zunehmende Rationalisierung wird es in Zukunft immer weniger geben, ganz davon abgesehen, dass oft schlechte Arbeitsbedingungen herrschen und ein Arbeitsplatz keine Garantie für ein menschenwürdiges Auskommen ist. Für die strukturellen Probleme des Kapitalismus werden die Einzelnen verantwortlich gemacht.

Warum sagt der Westerwelle so was?

Hartz IV hatte das Ziel, einen Niedriglohnsektor zu etablieren und Druck auf das allgemeine Lohnniveau auszuüben. Diese Ziele wurden erreicht. Die Scheren in Deutschland zwischen Arm und Reich gehen auseinander, die Mittelschicht bröckelt ab. Einkommen und Vermögen verteilen sich immer ungleicher.⁸ Nur von den Löhnen aber werden Sozialversicherungsbeiträge bezahlt, die für den Sozialstaat in Deutschland eine entscheidende Bedeutung haben. Die Reichen definieren sich als die eigentlichen Leistungsträger, denen hohe Einkommen und Vermögen zu Recht zukommen. Die politischen Eliten in den westlichen Staaten stellen schon länger die Weichen in Richtung eines liberalen Wohlfahrtsmodells nach amerikanischem Vorbild, in dem solidarische Verantwortung unterentwickelt ist. Anders gesagt: Der Kapitalismus befreit sich von den „Überflüssigen“, die er nicht mehr braucht. Dabei werden die Opfer selbst verantwortlich für ihr „Versagen“ gemacht. Inwieweit Westerwelle und andere glauben, was sie sagen, ist schwer zu beurteilen. Sicher ist, dass sie von den eigentlichen Ursachen der Krisen ablenken und die Betroffenen spalten wollen. Dabei verschlechtern sie die Lebensperspektiven vieler Menschen in einem reichen Land.

⁸ vgl. z. B. http://www.efb-stupa.de/service/handouts/sozpol_2005-05-09_a.pdf oder http://wipo.verdi.de/grafiken_und_praesentationen, „Reichtum und Verteilung“ von 2008